

Gemeinderat - öffentlich - vom 07.11.2017
1) TOP Bürgerfragen

Oberbürgermeister Pauly begrüßt die zahlreich erschienenen Bürger.

Bürger 1 (Joachim Senger aus Grüningen): Er erkundige sich danach, wann bei den Haushaltsberatungen der Bau der Grüninger Halle besprochen werde. Er würde gerne wissen, ob der Bau der Halle von den kommenden Haushaltsberatungen abhängig sei.

Oberbürgermeister Pauly: In der heutigen Sitzung würden die Fraktionen ihre Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf abgeben. In den nächsten Sitzungen könne konkreter über den Bau der Grüninger Halle beraten werden.
Der Bau der Grüninger Halle sei von den Entscheidungen des Gemeinderats abhängig.

Bürgerin 2: Sie wolle gerne wissen, ob in den Gemeinderatssitzungen oft über den Bau der Grüninger Halle gesprochen worden sei.

Oberbürgermeister Pauly: Seit er das Amt des Oberbürgermeisters angetreten habe, sei bereits öfter über den Bau der Grüninger Halle beraten worden.

2) TOP 1-127/17 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Gemeinderatssitzung gefassten Beschlusses

Beschluss:

Die in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 10. Oktober 2017 gefassten Beschlüsse wurden bekannt gegeben.

3) TOP 1-122/17 Gestattungsvertrag Nahwärme Brigachschiene/ Eintrittsvereinbarung zwischen NWB/ GRENADO/ DS

Stadtrat Blaurock: Er stelle den Geschäftsordnungsantrag, diesen Tagesordnungspunkt nichtöffentlich zu beraten, da es sich hierbei um Vertragsverhandlungen handele.

Herr Butsch: Er stelle fest, dass dieser Punkt aus juristischer Sicht öffentlich beraten werden dürfe, da beteiligte Interessen Einzelner oder das Wohl der Allgemeinheit nicht betroffen seien.

Stadtrat Blaurock: Er sehe das öffentliche Wohl durch die Diskussion dieses Tagesordnungspunktes als betroffen.

Im Folgenden wurde abgestimmt, ob dieser Tagesordnungspunkt nichtöffentlich beraten werden solle.

(31 Ja, 2 Enthaltungen)

Oberbürgermeister Pauly: Er bitte die Gäste, den Saal wegen der Unterbrechung des öffentlichen Teiles zu verlassen, um diesen nichtöffentlich beraten zu können.

Der öffentliche Teil wird für die Beschlussfassung wieder eröffnet.

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt

- I. dem Neuabschluss des Gestattungsvertrages zwischen der Stadt Donaueschingen und der Nahwärme Brigachschiene GmbH & Co. KG (Anlage 1)
- II. der Eintrittsvereinbarung zwischen der Stadt Donaueschingen und der Nahwärme Brigachschiene GmbH & Co. KG und der GRENADO Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Netz KG (Anlage 2)

zu.

(26 Ja, 4 Enthaltung, 3 Nein)

4) TOP 1-134/17 Amt 4 Stadtbauamt Sachgebiet 41 -Wiederbesetzung Stelle Sachgebietsleitung Planung-

Beschluss: Der Gemeinderat nimmt vom aktuellen Sachstand Kenntnis.

5) TOP 1-128/17 Haushalt 2018 - Beratung des Haushaltsplan Entwurfs 2018 - Stellungnahme der Fraktionen

Die Fraktionen formulieren zu dem von der Verwaltung vorgelegten Entwurf des Haushalts 2018 ihre Anregungen und Anträge. Diese sind dem Protokoll beigelegt.

Oberbürgermeister Pauly: Er bedanke sich bei den Fraktionen für die konstruktiven Vorschläge und bei den zahlreich erschienen Bürgern für Ihren Besuch. Er sehe positiv in die Zukunft der Stadt Donaueschingen.

6) TOP 7-003/17 Jahresabschluss 2016 - Eigenbetrieb Wasserwerk - Prüfung

Beschluss: Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes „Wasserwerk“ der Stadt Donaueschingen nach den ausgewiesenen Ergebnissen fest.

(einstimmig)

7) TOP 1-130/17 Feststellung Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs Wasserwerk

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2016 wird wie unter Punkt 4 aufgeführt festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von 168.998,00 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Betriebsleitung wird entlastet.

(einstimmig)

8) TOP 7-005/17 Jahresabschluss 2016 - Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung - Prüfung

Beschluss:

Der Gemeinderat stellt den Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebes „Abwasserbeseitigung“ der Stadt Donaueschingen nach den ausgewiesenen Ergebnissen fest.

(einstimmig)

9) TOP 1-132/17 Feststellung Jahresabschluss 2016 des Eigenbetriebs Abwasserbeseitigung

Beschluss:

1. Der Jahresabschluss 2016 wird wie unter Punkt 4 aufgeführt festgestellt.
2. Der Jahresgewinn in Höhe von 46.166 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Die Betriebsleitung wird entlastet.

(einstimmig)

10) TOP 3-009/17 Entwidmung Straße Am Tafelkreuz

Beschluss:

Der Aufhebung und Entwidmung der Straße Am Tafelkreuz (Flurstück 2486/13) wird zugestimmt.

(einstimmig)

11) TOP 4-125/17 Bebauungsplan "Konversion I" - Satzungsbeschluss

Herr Tempelmann stellt den Bebauungsplan „Konversion I“ Satzungsbeschluss mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation und der Sitzungsunterlage vor. Diese ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

Es habe positive Rückmeldungen zur Offenlage gegeben und es hätten kaum Änderungen im Bebauungsplan durchgeführt werden müssen.

Lediglich ein weiterer Baum müsste entfernt werden, da ein privater Nachbar (nördliches Grundstück), sich durch die hoch gewachsenen Rotbuchen beeinträchtigt gefühlt habe.

Das Ziel im neuen Quartier des nördlichen Konversionsareals sei gewesen, Rotbuchen weitgehend zu erhalten. Hierbei sei ein Kompromiss mit dem Bürger geschlossen worden, dass anstelle aller Bäume lediglich ein Baum entfernt werden solle.

Stadtrat Karrer: Er werde sich bei diesem Tagesordnungspunkt enthalten, da in der letzten Sitzung die Festsetzung von Flachendächern in der Villingen Straße beschlossen worden sei,. Dies stelle für ihn keine positive Form von Städtebau dar.

Beschluss:

Der Bebauungsplan „Konversion I“ wird entsprechend den Abwägungsvorschlägen der Abwägungstabelle nach § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

(33 Ja, 4 Enthaltungen)

12) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Verkehrskonzept

Stadtrat R. Erndle: Mit Datum vom 6. November 2017 sei über das Verkehrskonzept in Donaueschingen ein Artikel im Südkurier erschienen. Darin sei auch über die neue Einbahnstraßenregelung bei der Fürstenbergstraße berichtet worden.

Einige Bedingungen aus der Beschlussfassung der Gemeinderatssitzung vom 4. Oktober 2016 seien aus der Sicht der FDP-Fraktion nicht erfüllt worden.

Das Büro Karajan sei beauftragt worden, dem Gemeinderat Auswirkungen der Änderung des von ihm erstellten Verkehrskonzepts vorzulegen. Zusätzlich sollen für die Moltkestraße Maßnahmen zum Schutz vor weiterem Durchgangsverkehr entwickelt werden.

Er denke die Einbahnstraßenregelung schnell umzusetzen, sei negativ, da er vermute dass es für die Bewohner und Verkehrsteilnehmer schwierig sei, sich in kurzer Zeit auf die neue Verkehrssituation einzustellen.

Herr Bunse: Die Schutzmaßnahmen für die Moltkestraße seien vom Gemeinderat bereits beschlossen worden: Von der Karlstraße kommend solle an der Einmündung der Moltkestraße ein „Einfahrt verboten“-Schild aufgestellt werden. Weiterhin liege die Bestätigung des Büros Karajan vor, dass die Einbahnstraße an der Stadtkirche eingerichtet werden könne, sobald der Radfahrerschutzbereich auf der Hermann Fischer Allee markiert sei. Zusätzlich wolle die Verwaltung noch das Ende der Baustelle auf der Schellenbrücke und die Inbetriebnahme der neuen Anbindung des Zubringers Allmendshofen an die B27 abwarten. Da diese Inbetriebnahme erst Mitte Dezember 2017 stattfinde, solle die Einbahnrichtung an der Stadtkirche erst im Januar 2018, nach den Weihnachtsfeiertagen, eingerichtet werden.

Dr. Wagner: Zu Herrn Bunse merke er an, dass das Büro Karajan am 28. Juni 2017 die Verkehrsplanung vorgestellt habe. Die Verkehrsauslastung im Hindenburgring sei bereits bei der Nullvariante sehr hoch. Er vermute, dass die Verkehrsauslastung am Hindenburgring durch die Einrichtung der Einbahnstraße an der Stadtkirche weiter ansteigen werde und würde gerne erfahren, welche Maßnahmen diesbezüglich getroffen werden sollen.

Er sei der Ansicht, dass auch bei der Ampel in der Villinger Straße bisher wenig unternommen worden sei.

Er warne davor, weitere Kraftfahrzeuge auf den Hindenburgring zu leiten.

Oberbürgermeister Pauly: Er erinnere sich an einen damaligen Beschluss, dass der Hindenburgring in den kommenden Jahren ausgebaut werden solle, um zusätzlichen Verkehr aufzunehmen.

Herr Bunse: Zu den Anmerkungen von Dr. Wagner könne er erläutern, dass die vom Büro Karajan vorgelegte Nullvariante bereits den zusätzlichen Verkehr, der von einer voll belegten Konversionsfläche erzeugt werde, beinhalte. Die letzten Konversionsflächen würden aber erst 2020 in das Eigentum der KEG mbH übergehen. Es werde sicher noch zehn Jahre dauern, bis die Konversionsfläche neu gestaltet und voll in Betrieb sei.

Stadtrat Karrer: Er würde gerne die Aussagen seitens der FDP-Fraktion unterstützen. Die Auswirkungen der Einführung der neuen Einbahnstraßenregelung seien nicht dargelegt worden. Er vermute, dass durch die neuen Einbahnstraßen Schleichverkehr entstehen könne. Zudem sei nicht berücksichtigt und diskutiert worden, dass es in diesem Bereich Schulen gebe.

Oberbürgermeister Pauly: Die FDP-Fraktion habe hierzu keinen Antrag gestellt und er wolle gerne wissen, ob die Diskussion über das Verkehrskonzept wieder aufgenommen werden solle.

Stadtrat Hall: Er weise darauf hin, dass die Mehrheitsbeschlüsse aus der Vergangenheit akzeptiert werden müssten.

Es sei sinnvoll, die Eröffnung der Schellenbergbrücke abzuwarten.

Er schlage vor, nach dem 6. Januar 2018 die neue Einbahnstraßenregelung einzuführen.

Mit der von der Verwaltung vorgeschlagenen Einbahnstraßenregelung in der Moltkestraße seien die Bürger zufrieden.

Der Zubringer Allmendshofen würde vermutlich früher eröffnet werden können als die Schellenbergbrücke.

Barrierefreies WC in Neudingen

Stadtrat Widmann: Im Jahr 2016 sei ein barrierefreies WC als neue Investition für den Ortsteil Neudingen genehmigt worden. Er würde gerne wissen, ob 2017 noch weitere Investitionen für Neudingen umgesetzt werden könnten.

Zudem erkundige er sich nach dem aktuellen Sachstand bezüglich der Neugestaltung des Rathausplatzes in Neudingen.

Herr Bunse: Der Auftrag für den Aufbau des Buswartehäuschens am Rathaus sei vergeben worden.

Er weise jedoch darauf hin, dass nicht alle Investitionen wegen der aktuellen Personalsituation im Bauamt sofort umgesetzt werden könnten.

Ortsvorsteher Münzer: Morgen werde er ein Gespräch mit dem Sachgebiet Hochbau führen. Anschliessend werde er den Ortschaftsrat über die Termine der einzelnen Baumaßnahmen informieren.

Oberbürgermeister Pauly: Zurzeit herrsche bei den städtischen Baumaßnahmen Kapazitätsprobleme. Obwohl eine Genehmigung für die Baumaßnahme vorliege, sei dies momentan baulich nicht umsetzbar. Aus diesen Gründen seien Anträge zurückgestellt worden.

Bürgermeister Kaiser: Die Stadtverwaltung versuche bei der Vergabe von Baumaßnahmen ihr Möglichstes. Derzeit seien weitere Vergaben jedoch nicht möglich, da auch die Koordination, Zuarbeit und die Aufarbeitung von allen externen Unterstützungen Arbeitsaufwand für die Mitarbeiter im Bauamt bedeute.

Die Stadtverwaltung sei aktuell mit den Koordinationsaufgaben voll ausgelastet.

Herr Bunse: Bei externen Vergaben müssten die Gemeinderatsvorlagen z.B. im Rahmen der Bauleitplanung nicht vom Bauamt formuliert werden, sie müssten jedoch gelesen und bei Bedarf auch korrigiert werden. Der Gemeinderat erwarte, dass die Verwaltung alle Vorgänge kenne und im Detail Auskunft dazu geben könne. Das ist so auch richtig. Die beauftragten Büros würden daher kontinuierlich vom Bauamt betreut. Selbst an den wöchentlichen Jour-Fixterminen der Schellenbergbrücke, einer Maßnahme des Straßenbauamtes, müsse das Sachgebiet Tiefbau teilnehmen. Zudem müsse das Bauamt bei Beschwerden der Anlieger reagieren. Die Bürger würden erwarten, dass sich Vertreter der Verwaltung um ihre Belange kümmern.

Stadtrat Hall: Er spreche die Kommunikationssituation zwischen dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung an. Sollte beim Bauamt eine Mehrbelastung eintreffen, so bitte er darum, dass die Verwaltung den Gemeinderat über die zurückgestellten Anträge informiere. Dadurch könne auch die Bevölkerung über den aktuellen Sachstand informiert werden.

Baustelle Kreisstraße Richtung Pfohren

Stadträtin Wesle: Die Kreisstraße Richtung Pfohren sei lediglich nur halbseitig befahrbar. Sie würde gerne wissen, wie Räumfahrzeuge während den Wintermonaten über die Brücke fahren sollen. Durch die momentane Straßenverengung sei dies nicht möglich. Sie würde gerne wissen, ob die Verwaltung über den aktuellen Sachstand informiert sei.

Bürgermeister Kaiser: Er habe beim Regierungspräsidium wegen der Baustelle nachgefragt. Das Regierungspräsidium habe ihm rückgemeldet, dass es die Baustelle an der Brücke noch nicht beenden könne, da unterhalb der Brücke einige Baumaßnahmen am Pfeiler noch nicht fertig gestellt seien. Sobald diese Arbeiten abgeschlossen seien, sei die Brücke wieder befahrbar. Ein Fertigstellungstermin sei noch nicht genannt worden.